

Neuerscheinung

Philippe Askenazy, André Orléan,
Henri Sterdyniak und Thomas Coutrot



„Empörte Ökonomen“

»Manifeste d'économistes atterrés«

pad

Empörte Ökonomen.

Eine Streitschrift von Philippe Askenazy,
André Orléan, Henri Sterdyniak u. Thomas Coutro
Deutsche Übersetzung von Gerhard Rinnberger

Mit einem einleitenden Beitrag von Heinz-J. Bontrup
*„Zur neoliberalen Mainstream-Ökonomie und ihr
klägliches Versagen vor und in der Finanz- und
Wirtschaftskrise“*

64 Seiten, 5 Euro
pad-Verlag /Bergkamen

Staffelpreis bei Direktbestellung:
ab 5 Expl. 4,50 Euro/St. , ab 10 Expl. 4.-- Euro/St.
pad-verlag@gmx.net

Europäische Politiker haben aus der Krise, die durch die Exzesse der Finanzindustrie verursacht wurde, nichts gelernt. Zur Reduzierung der Defizite die durch die Bankenrettung und die Rezession verursacht sind, werden Anpassungsprogramme verfolgt, die wirtschaftliche Instabilität und soziale Ungleichheit erhöhen. Diese Politik im Interesse der Banken und des Finanzkapitals gefährden die Zukunft des europäischen Projekts.

Entsetzt über diese Entwicklung entstand das „Manifest empörter Ökonomen“. Es prangert zehn Fehlbehauptungen der aktuellen Debatte an und unterbreitet 22 Vorschläge für eine alternative Strategie.

In einem einleitenden Beitrag („Zur neoliberalen Mainstream-Ökonomie und ihr klägliches Versagen vor und in der Finanz- und Wirtschaftskrise“) zeigt zeigt Heinz-J. Bontrup in einer kurzen dogmengeschichtlichen Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften auf, wie die Neoklassik und später der Neoliberalismus entscheidend zur jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen haben und dass diese Wirtschaftspolitik bereits wieder wie vor der Krise weiterpraktiziert wird. Alternativen sind daher überfällig.

INHALT:

Heinz-J. Bontrup: Zur neoliberalen Mainstream-Ökonomie und ihr klägliches Versagen vor und in der Finanz- und Wirtschaftskrise / Gerhard Rinnberger: Das Manifest der „bestürzten Ökonomen“ - Vorbemerkung des Übersetzers

Philippe Askenazy, André Orléan, Henri Sterdyniak und Thomas Coutrot „Manifeste d'économistes atterrés“: Vorwort und Prolog / Fehlbehauptung 1: Finanzmärkte sind effizient / Fehlbehauptung 2: Finanzmärkte tragen zum Wirtschaftswachstum bei / Fehlbehauptung 3: Märkte schätzen die Kreditwürdigkeit von Staaten korrekt ein / Fehlbehauptung 4: Der Anstieg der Staatsverschuldung rührt von übermäßigen Ausgaben her / Fehlbehauptung 5: Staatsausgaben müssen begrenzt werden, um die Staatsverschuldung zu senken / Fehlbehauptung 6: Staatsverschuldung verschiebt die Last unserer Maßlosigkeit auf unsere Kindeskinde / Fehlbehauptung 7: Wir müssen die Finanzmärkte beruhigen, um die Staatsverschuldung zu finanzieren / Fehlbehauptung 8: Die europäische Union schützt das Europäische Sozialmodell / Fehlbehauptung 9: Der Euro ist ein Schutzschild gegen die Krise / Fehlbehauptung 10: Die Griechenlandkrise war das Sprungbrett zu einer europäischen Wirtschaftsregierung und einem wirklichen europäischen Sozialpakt / Schlussfolgerung: Wirtschaftspolitik diskutieren, Entwicklungspfade zur Restrukturierung der EU schaffen

Die Veröffentlichung erscheint in Zusammenarbeit mit Labournet („www.labournet.de“) im Rahmen des pad-Projektes „Ökonomisches Alphabetisierungsprogramm“

pad-Verlag – Am Schlehdorn 6 – 59192 Bergkamen / pad-Verlag@gmx.net

der Freitag

[der Freitag](#) >> [Kultur](#) >> [Nun empören sich die Ökonomen!](#)

Kultur

[ 35]

Kommentar | 07.02.2011 14:00 | Rudolf Walther

Nun empören sich die Ökonomen!

Schluss mit den neoliberalen Glaubenssätzen. Ein neues Manifest aus Frankreich räumt mit falschen Gemeinplätzen über die Finanzmärkte auf



In Frankreich wird nicht nur über den Aufruf *Empört Euch!* von Stéphane Hessel debattiert, sondern auch über das Manifest bestürzter Ökonomen. Von den vier Autoren arbeiten Philippe Askenazy, André Orléan und Henri Sterdyniak in staatlichen Forschungsinstituten, Thomas Coutrot ist wissenschaftlicher Berater bei Attac-France. Sie wenden sich vehement dagegen, dass über die Krise und deren Ursachen in fast allen Medien geredet wird, als handele es sich um unbezweifelbare Tatbestände wie das Wetter. In der Wirtschaftspresse wie in den Talkshows lesen und hören sie nur die Litaneien „der neoliberalen Orthodoxie“. Bestürzt sind die Autoren, weil diese Denkschablonen unter der Flagge der Wissenschaft auftreten.

Das *Manifeste d'économistes atterrés*, wie es im Original heißt, wurde bisher von 700 an Universitäten tätigen Ökonomen und von über 100.000 Angehörigen anderer Berufsgruppen unterzeichnet. Die Autoren verstehen ihren Aufruf auch als eine Hommage an den eingreifenden Intellektuellen Pierre Bourdieu. Sie halten die Krise nicht für eine gewöhnliche Wirtschaftskrise, sondern für eine soziale Krise mit „ökologischen und globalen politischen Dimensionen“ und sehen darin Symptome eines historischen Bruchs. Das Manifest kritisiert ökonomisch falsche Gemeinplätze und skizziert konkrete Alternativen zu den neoliberalen Glaubenssätzen. Der erste falsche Gemeinplatz lautet: „Die Finanzmärkte sind effizient.“

Bis die Blase "Peng" macht

Damit wird jedoch nur von der Schnelligkeit der wirtschaftlichen Datenübermittlung auf die Effizienz der Finanzmärkte bei der Mobilisierung von Kapital kurzgeschlossen, wofür belastbare Belege fehlen. Finanzmärkte erzeugen keine realistischen Preise. Die Konkurrenz zwingt hier nicht zur Anpassung der Preise. Wenn die Preise für Wertpapiere oder Derivate steigen, sinken Nachfrage und Preise danach nicht, sondern die Preisspirale dreht sich schneller und fördert die Bildung von Blasen, bis diese platzen. Als Gegenmaßnahmen empfehlen die Ökonomen unter anderem ein Spekulationsverbot auf eigene Rechnung für Banken, die Verringerung der Spekulation durch Kontrolle und Besteuerung der Finanztransaktionen sowie die Begrenzung von bestimmten Transaktionen mit Derivaten und Kreditausfallversicherungen. Über diese Maßnahmen wird zwar auch in Frankreich seit zwei Jahren viel, aber ergebnislos geredet.

Populär ist die Annahme, wonach die steigende Staatsverschuldung von den Sozialsystemen verursacht werde. Die Fakten: Bis 2007 betrug das Defizit der Staatshaushalte im EU-Durchschnitt 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). 2010 wuchs das Defizit auf durchschnittlich 7 Prozent und die Staatsverschuldung stieg von durchschnittlich 66 auf 84 Prozent des BIP. Die Schuld daran trägt nicht nur die Krise, sondern das, was das Manifest „die steuerliche Konterrevolution“ nennt.

In Frankreich wurden zwischen 2000 und 2010 Steuergeschenke im Gesamtbetrag von 100 Milliarden Euro verteilt. Fraglich ist, ob Steuerentlastungen automatisch mehr wirtschaftliches Wachstum bewirken. Dass sie soziale Ungleichheiten verschärfen, ist unbestreitbar. Das Manifest will keine nationalstaatlichen Alleingänge, sondern eine koordinierte europäische Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, um das Wohlfahrtsgefälle innerhalb der EU zu beseitigen. Das ist eine kluge, wenn auch nicht ganz neue Konsequenz aus der Krise.

Hintergrund

Rudolf Walther beobachtet unser Nachbarland für den Freitag seit vielen Jahren

der Freitag Artikel-URL: <http://www.freitag.de/kultur/1105-kommentar>

Copyright © **der Freitag** Mediengesellschaft mbh & Co. KG

Protestschrift:

Frankreichs Ökonomen schimpfen auf Märkte

Euro-Krise und Börsenjojo: Wirtschaftswissenschaftler rufen in einem Manifest dazu auf, die Macht der Finanzmärkte zu brechen. Das ist zwar nicht neu - findet aber gerade jetzt sehr viele Leser. von Sabine Glaubitz, Paris

Wer ist schuld an der Finanzkrise? Für französische Ökonomen liegt die Antwort auf der Hand: Die ungebrochene Macht der Finanzmärkte und der Glaube an die neoliberalen Prinzipien. In einem Manifest machen sie für die Euro-Krise und das Börsenjojo das Diktat der Finanzmärkte verantwortlich.

Nach Stéphane Hessel empören sich in Frankreich nun die Ökonomen. "Manifeste d'économistes atterrés", Manifest bestürzter Ökonomen, heißt die Streitschrift, die im Anhang von 630 Wirtschaftswissenschaftlern unterzeichnet wurde. Im Gegensatz zu dem Pamphlet "Empört euch" des 93-jährigen Hessel kritisiert das Manifest nicht nur, sondern entwirft auch konkrete Alternativen. Die Wirtschaftswissenschaftler fechten ihrer Ansicht nach falsche Annahmen über die Finanzmärkte an und nennen Lösungsmöglichkeiten.



"Manifeste d'économistes atterrés"

Das Manifest erschien zwar schon vor mehr als einem halben Jahr, wurde aber erst jetzt von der Öffentlichkeit entdeckt. Ähnlich wie bei Hessels Aufruf lief die Werbetrommel erst langsam an. Seit kurzem jedoch steht die kleine Streitschrift (69 Seiten für 5,50 Euro) mit rund 70.000 verkauften Exemplaren auf der Bestsellerliste der Bücher zu kleinen Preisen auf Platz zwei - nach Hessels "Empört euch", das in Frankreich zum Verkaufsschlager wurde.

Für die vier Autoren des Buchs Philippe Askenazy, André Orléan, Henri Sterdyniak und Thomas Coutrot ist die derzeitige Krise mehr als nur eine "gewöhnliche" Wirtschaftskrise. Sie sprechen von einer sozialen Krise mit globalen ökologischen und politischen Auswirkungen. Coutrot ist wissenschaftlicher Berater bei Attac-France, der "Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen" (Association pour la taxation des transactions financières et pour l'action citoyenne). Womit der Grundtenor des Buches vorgegeben ist: Was die Autoren verlangen, ist eine Kontrolle der Finanzmärkte im Sinne sozial gerechter Entwicklung.

Der erste Gemeinplatz, den die Autoren widerlegen wollen, lautet: "Finanzmärkte sind effizient." Die Ökonomen meinen, dass das Gesetz von Angebot und Nachfrage auf diesen Märkten nicht greife - wenn die Preise für Wertpapiere oder Derivate steigen, sinken Nachfrage und Preise danach nicht wieder. Das Gegenteil sei der Fall: Die Preisspirale ziehe immer mehr Käufer an, was zu einer Spekulationsblase und zu einem unverhältnismäßig raschen Anstieg von Börsenpreisen führe. Als Gegenmaßnahme fordern die vier Ökonomen unter anderem ein Spekulationsverbot auf eigene Rechnung für Banken sowie die Kontrolle internationaler Kapitalströme.

Schützt der Euro vor der Krise? Werden die steigenden Staatsverschuldungen wirklich von den Sozialsystemen verursacht? Führt die Griechenland-Krise zu ersten Schritten in Richtung einer europäischen Wirtschaftsregierung? Das sind Fragen, die in dem Buch kritisch beleuchtet werden.

Viele mögliche Konsequenzen aus der Wirtschaftskrise sind nicht neu - etwa die Abschaffung steuerlicher Begünstigungen für Reiche und Besserverdienende, die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen oder die Bekämpfung des Wohlstandsgefälles in Europa. Doch erstmals vereinen sich Ökonomen in einem Manifest und warnen lautstark vor neoliberaler Orthodoxie.

Mehr zum Thema

Nach Kursrutsch Frankreich sorgt sich um seine Banken
(<http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/:nach-kursrutsch-frankreich-sorgt-sich-um-seine-banken/60090299.html>)

Krisenstimmung Teure Griechen-Rettung schickt Aktienmärkte in den Keller
(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/marktberichte/:krisenstimmung-teure-griechen-rettung-schickt-aktienmaerkte-in-den-keller/60089892.html>)

Schuldenkrise Anleger bängen um Frankreichs Spitzenrating
(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/anleihen-devisen/:schuldenkrise-anleger-bangen-um-frankreichs-spitzenrating/60089113.html>)

Wachsender Schuldenberg IWF warnt Frankreich vor "AAA"-Verlust
(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/anleihen-devisen/:wachsender-schuldenberg-wwf-warnt-frankreich-vor-aaa-verlust/60084314.html>)

Mehr zu: Frankreich, Ökonomen

TELEPOLIS

Zu den "Empörten" kommen die "Bestürzten"

Ralf Streck 14.08.2011

Das Manifest bestürzter Ökonomen ist in Frankreich inzwischen zum Bestseller geworden

Mit den Turbulenzen an den Finanzmärkten, in die immer stärker auch Frankreich hineingezogen wird (Der Anleihe-Kauf wird teuer für die EZB [1]), ist auch ein kleines Büchlein beim Nachbarn zum Bestseller geworden. Im "Manifeste d'économistes atterrés" machen "bestürzte Wirtschaftswissenschaftler" [2] die Macht der Finanzmärkte und den Neoliberalismus für die Entwicklungen an den Finanzmärkten verantwortlich. Sie weisen darauf hin, dass hier lediglich Glaubenssätze als scheinbare wissenschaftliche Erkenntnisse verkauft werden. Sie sprechen von einer "Unterordnung unter eine Diktatur" die zur "Beruhigung der Märkte" dienen soll und räumen mit 10 falschen "offenkundigen Tatsachen" auf. Sie fordern eine Kontrolle der Finanzmärkte, um eine sozial gerechte Entwicklung zu ermöglichen.

In Deutschland ist das Büchlein der vier Ökonomen Philippe Askenazy, André Orléan, Henri Sterdyniak und Thomas Coutrot weitgehend unbekannt. Doch in Frankreich ist ihr Manifest inzwischen zum Bestseller geworden. Schon kurz nach seinem Erscheinen hatten fast 1000 an Universitäten tätige Ökonomen und zahllose Angehörige die Streitschrift unterzeichnet [3]. Vom Buch, das auch frei im Internet auf Französisch [4], Spanisch [5] und Portugiesisch [6] zugänglich ist, wurden für 5,50 Euro schon zehntausende Exemplare verkauft. Man fragt sich, warum bis heute keine deutsche Übersetzung vorliegt. Liegt es daran, dass man in Deutschland lieber mit Thilo Sarrazin ätzt und man sich in Frankreich und anderswo mit Stéphane Hessel (Das Volk setzt die Regierenden unter Druck [7]) gegen die herrschenden Zustände auflehnt?

So wie das Buch "Empört euch" von Hessel zum Bestseller wurde, ist es im Fall des Manifests der vier Ökonomen, von denen Askenazy, Orléan und Sterdyniak in staatlichen Forschungsinstituten arbeiten, während Coutrot wissenschaftlicher Berater von Attac-France ist, noch erstaunlicher. Sie nehmen darin einen nach dem anderen die neoliberalen Glaubenssätze auseinander, die uns tagtäglich als angebliche universelle Weisheiten um die Ohren gehauen werden. Anders als Hessel bleiben die Autoren nicht allein bei der Kritik stehen, sondern sie gegen auch Handlungsanweisungen und entwerfen Alternativen.

Sie stellen in der Einleitung fest, dass "Europa in der eigenen institutionellen Falle steckt". Staaten müssen sich Geld von privaten Finanzinstituten leihen, die wiederum das Geld günstig, in vielen Fällen praktisch zinslos erhalten. Gerade hat das die US-Notenbank (FED) bis 2013 festgelegt [8]. Deshalb hielten die Finanzmärkte den Schlüssel für die Finanzierung der Staaten in der Hand. Die fehlende Solidarität der europäischen Staaten untereinander, die sich nicht zuletzt in Äußerungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel äußert, wenn sie von den angeblich "Faulen" im Süden spricht, die angeblich mehr Urlaub machen, früher in die Rente gehen und natürlich weniger arbeiten (Merkel brüskiert Spanien, Portugal und Griechenland [9]), befördere die Spekulation. Auch sie werfen den Ratingagenturen vor, diese zu anzutreiben, wie sich in den letzten Monaten deutlich gezeigt hat.

Sie kritisieren die improvisierten Nothilfe-Bemühungen im Rahmen des Rettungsschirms [10] mit "oftmals blinden Plänen zur Reduzierung öffentlicher Ausgaben", womit Lohnkürzungen bei Staatsbediensteten und die Ausdünnung der Anzahl der Beschäftigten einhergehe, womit die öffentlichen Dienstleistungen in Gefahr gerieten und Sozialleistungen in allen Staaten abgebaut würden. Damit einher gehe ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, wie in Spanien, Griechenland, Portugal ... zu beobachten ist. "Diese Maßnahmen sind aus einem politischen und sozialen Blickwinkel verantwortungslos, ja sogar auf rein ökonomischer Ebene", argumentieren sie. Damit schließen sie sich der Meinung der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz und Paul Krugman an, der sogar davon spricht, dass "Verrückte an der Macht" [11] sind. Sie sagten richtig schon vor mehr als einem halben Jahr voraus, dass mit derlei Maßnahmen die Lage nur provisorisch beruhigt werden kann. Was sich nun im heißen Euro-Sommer abspielt, hat das sie zweifelsfrei bestätigt.

Sie hatten auch richtig vorausgesagt, dass diese Politik die Spannungen in Europa zuspitzen wird und sogar Europa in dieser Form in Gefahr bringt, dass aber mehr als nur ein ökonomisches Projekt sei. Ihrer Meinung nach sollte die Ökonomie dabei helfen, einen "demokratischen, friedlichen und vereinten Kontinent aufzubauen", doch stattdessen werde Ländern wie Portugal, Spanien und Griechenland eine "Marktdiktatur" aufgezwungen, die bis vor etwa 40 Jahren noch unter Diktaturen gelitten haben. Dabei habe diese neue "Diktatur" ihre Ineffizienz und ihre "politische und soziale Zerstörungskraft" längst bewiesen. Eingefordert wird deshalb eine wirkliche demokratische Debatte und auch die Verstaatlichung des Bankenwesens schließen sie nicht aus.

Dekonstruktion der herrschenden Ideologie

Danach räumen sie mit den Glaubenssätzen auf, unter denen die allgemeine Privatisierung, die Reduzierung von Staatshaushalten, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, des Handels, der Finanzdienstleistungen und Finanzmärkte vorangetrieben wird, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Da dabei stets mit der angeblichen "Effizienz der Finanzmärkte" argumentiert wird, wird zunächst diese Behauptung kritisch unter die Lupe genommen.

Die Finanzkrise habe nämlich deutlich gemacht, dass es diese Effizienz nicht gibt. Denn auch hier funktioniert die Transparenz der Märkte nicht. Sie zeigen auf, dass gerade auf diesen Märkten von dem Gesetz des Angebot und Nachfrage keine Rede sein kann. Vielmehr zögen steigende Preise zusätzliche Käufer an, statt die Nachfrage über die steigenden Preise zu begrenzen. Das führe zur Bildung von enormen Spekulationsblasen. Gefordert werden deshalb das Verbot, dass Banken auf eigene Rechnung spekulieren dürfen und die allgemeine Verringerung der Spekulation durch Kontrolle und Besteuerung der Finanztransaktionen sowie die Begrenzung von bestimmten Geschäften. Erstaunlich ist, dass dies im Notfall sogar bisweilen geschieht, wie jetzt von Frankreich, Italien, Spanien und Belgien gerade vorgemacht. Doch handelt es sich nicht um dauerhafte Marktregulierung, über die zwar gerne geredet wird, doch die auch in drei Jahren in der Finanzkrise nicht vorangekommen ist.

Man könnte jetzt die Begründungen fortführen, mit denen insgesamt zehn angeblichen "offenkundigen Tatsachen" nachgewiesen wird, dass sie schlicht falsch seien. Dazu gehört auch die absurde Annahme, dass die steigende Staatsverschuldung vor allem durch die Sozialsysteme verursacht wird. Doch in der Finanzkrise seit 2008 wurde die Verschuldung wie nie zuvor aufgebläht, um Banken und Firmen zu retten. Deshalb wuchs das Defizit von durchschnittlich knapp 60% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Ende 2007 erst in der Krise so richtig an. Denn vor der Krise blieben die meisten Staaten noch unter diesem inzwischen weitgehend unbeachteten EU-Stabilitätskriterium. Wie auch schön bei Eurostat [12] nachzulesen ist, schwoll die Verschuldung schon bis 2009 auf fast 75% an (in den Euroländern sogar fast 80%) und 2010 waren es schon 80% (in den Euroländern sogar 85%).

Damit wird auch die falsche Annahme widerlegt, dass die Märkte die Solvenz von Staaten richtig einschätzen. Schließlich wurde Spanien mehrfach herabgestuft und der Absturz des Landes ist wohl kaum noch aufzuhalten, obwohl es eines der EU-Länder ist, dessen Staatsverschuldung mit gut 60% deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Die Schuld für steigende Verschuldung wird aber nicht nur der Krise zugeschrieben, sondern auch einer "steuerlichen Konterrevolution". So seien zum Beispiel in Frankreich zwischen 2000 und 2010 Steuergeschenke im Gesamtbetrag von 100 Milliarden Euro verteilt worden, weil stets behauptet wird, dass damit automatisch wirtschaftliches Wachstum gefördert werde. Tatsache ist, dass damit aber die sozialen Ungleichheiten verschärft wurden.

Beleuchtet werden auch andere Gemeinplätze wie die Mär, dass der Euro vor der Krise schützt, die Finanzmärkte das Wachstum fördern, die Finanzmärkte beruhigt werden müssen... und die Griechenland-Krise zu Schritten in Richtung einer europäischen Wirtschaftsregierung führe. Insgesamt ist es ein sehr lesenswertes Dokument. Das gilt schon deshalb, weil hier nicht nationale Alleingänge gefordert werden, wie sie der frühere Attac-Chef in Frankreich Jacques Nikonoff fordert und sich mit seiner Wunschliste an den Weihnachtsmann deutlich rechtspopulistischen Positionen des Front National annähert.

Neben den jeweils vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen fordern die Autoren den Abschied vom Konsens-Prinzip. Sie verweisen dabei auch auf die Entstehung der Europäischen Union. Ein Bruch mit der derzeitigen Linie, die tief in den Sumpf führt, werde sicherlich nicht von allen 27 EU-Mitgliedsstaaten gleichzeitig vorgenommen. Eine Neugründung, bei der verschiedene Länder alternative Wege einschlagen, werde ebenfalls nur von einem Teil gegangen, wird an die Gründung des Staatenbunds durch nur sechs Staaten erinnert. Es werde zu Abkommen zwischen verschiedenen Staaten kommen.

► Some national governments will take innovative measures. Those who will desire to do so will adopt enhanced co-operations to take bold steps in the realms of financial regulation, and fiscal and social policy. Through specific measures these countries will hold out their hands to other peoples, so that they can join the movement. ◀

Anhang

Links

[1] <http://www.heise.de/tp/artikel/35/35279/1.html>

[2] <http://atterres.org/>

[3] <http://atterres.org/?q=les-%C3%A9conomistes-atterr%C3%A9s>

[4] <http://atterres.org/?q=node/1>

[5] <http://atterres.org/?q=node/42>

[6] <http://atterres.org/?q=node/11>

- [7] <http://www.heise.de/tp/artikel/34/34882/1.html>
- [8] <http://www.heise.de/tp/artikel/35/35279/1.html>
- [9] <http://www.heise.de/tp/artikel/34/34777/1.html>
- [10] <http://www.heise.de/tp/artikel/35/35175/1.html>
- [11] <http://www.heise.de/tp/artikel/34/34732/1.html>
- [12] http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-26042011-AP/DE/2-26042011-AP-DE.PDF

Artikel URL: <http://www.heise.de/tp/artikel/35/35302/1.html>
Copyright © Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag



17.08.2011 / Wirtschaft/Soziales / Seite 16

Ökonomen gegen neoliberale Weisheiten

Streitschrift der »bestürzten Wirtschaftswissenschaftler« stürmt französische Bestsellerlisten

Von Ralf Streck

Wieder sorgt ein kleines Buch in Frankreich für Furore. Vier Ökonomen haben das »Manifest der bestürzten Wirtschaftswissenschaftler« verfasst.

In Deutschland ist das Büchlein von den vier französischen Ökonomen Philippe Askenazy, André Orléan, Henri Sterdyniak und Thomas Coutrot weitgehend unbekannt, in Frankreich dagegen ist das Manifest ein Bestseller. Mehr als 1000 Ökonomen haben die Streitschrift unterschrieben. Zehntausende Exemplare wurden verkauft, obwohl das Buch im Internet auf Französisch, Englisch, Spanisch und Portugiesisch frei erhältlich ist.

Nach Stéphane Hessels »Empört euch« ist nun dieses Manifest erfolgreich. Askenazy, Orléan und Sterdyniak, die in staatlichen Forschungsinstituten arbeiten, und Coutrot, der wissenschaftlicher Berater von Attac in Frankreich ist, reißen darin neoliberale Glaubenssätze ein, die in den vergangenen Jahrzehnten zu »wissenschaftlichen Weisheiten« geworden sind. Sie zeigen auf, dass »Europa in der eigenen institutionellen Falle steckt«. Die Staaten müssen sich ihr Geld zum Teil für hohe Zinsen von privaten Finanzinstituten leihen, die erhalten es aber günstig von den Notenbanken. Dazu komme die fehlende Solidarität der Staaten untereinander, womit die Spekulation gefördert werde.

Kritisiert wird auch die improvisierte Nothilfe über den Euro-Rettungsschirm, mit »oftmals blinden Plänen zur Reduzierung öffentlicher Ausgaben«, womit Lohnkürzungen und Entlassungen einhergingen. Öffentliche Dienstleistungen gerieten in Gefahr und Sozialleistungen würden abgebaut, die Arbeitslosigkeit steige, wie unter anderem in Spanien, Griechenland, Portugal zu beobachten. »Diese Maßnahmen sind aus einem politischen und sozialen Blickwinkel verantwortungslos, ja sogar auf rein ökonomischer Ebene«, schreiben die »Bestürzten«. Sie warnen, dass Europa als Projekt in Gefahr sei. Statt dem Aufbau eines »demokratischen, friedlichen und vereinten Kontinents«, würden Portugal, Spanien und Griechenland eine »Marktdiktatur« aufgezwungen, obwohl diese »Diktatur« ihre Ineffizienz und ihre »politische und soziale Zerstörungskraft« längst bewiesen habe.

Weiter heißt es, die »Effizienz der Finanzmärkte« sei eine Mär, mit der Privatisierung, die Reduzierung von Staatshaushalten, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, des Handels, der Finanzdienstleistungen und der Finanzmärkte vorangetrieben werde. Gerade auf Finanzmärkten gebe es diese Effizienz nicht. Steigende Preise zögen weitere Käufer an, statt die Nachfrage zu begrenzen, wodurch sich enorme Spekulationsblasen bilden. Gefordert werden deshalb ein Spekulationsverbot von Banken, die allgemeine Verringerung der Spekulation durch Kontrolle und die Besteuerung von Finanztransaktionen. Eine Verstaatlichung des Bankenwesens wird nicht ausgeschlossen.

Zu den zehn widerlegten »offenkundigen Tatsachen« gehört auch die Behauptung, die Sozialsysteme verursachten die steigende Staatsverschuldung. Falsch, sagen die »Bestürzten«, denn die Verschuldung wurde in der Finanzkrise aufgebläht, um Banken und Firmen zu retten. Das Defizit von durchschnittlich knapp 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Europa Ende 2007 wuchs erst in der Finanzkrise stark an. Die Verschuldung stieg bis 2009 auf fast 75 Prozent (Eurozone: 80 Prozent) und 2010 waren es schon 80 Prozent (Eurozone: 85 Prozent).

Schuld daran sei auch eine »steuerliche Konterrevolution«. So seien in Frankreich zwischen den Jahren 2000 und 2010 Steuergeschenke von 100 Milliarden Euro verteilt worden, weil stets behauptet wurde, dass so automatisch Wachstum gefördert werde. Tatsache sei, dass die sozialen Ungleichheiten verschärft wurden.

Im Fazit plädiert das lesenswerte Buch für eine Neugründung der EU. Einzelne Länder müssten alternative Wege gehen, weil der eingeschlagene Weg in die Katastrophe führe. Sie erinnern daran, dass einst die EU auch von nur sechs Staaten gegründet wurde.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/204584.oekonomen-gegen-neoliberale-weisheiten.html>